

## Ein Ordinariat für scholastische Philosophie in Halle/Saale 1948?

Die Geschichte einer nicht realisierten erzbischöflichen Anregung

**Günter Wirth**  
Berlin

„Freitag Nacht 17. September 48 Halle.“ Unter solcher Zeit- und Ortsansage notierte Victor Klemperer, der gerade von Greifswald an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gekommen war, in sein Nachkriegstagebuch:

„Ahnungslos in eine erste Fakultätssitzung geschneit ... Man tagt im ehemaligen Zimmer der Theologen. Eine Großstatue Christi mit segnenden Händen beherrscht den Raum. Der Erzbischof von Paderborn wünscht ein besonderes Ordinariat für scholastische Philosophie. Der 76jährige Philosoph Menzer (?) lehnt energisch ab, weil wir ‚Martin-Luther-Univ.‘ sind. Ich war für Ablehnung, weil wir ja auch für andere Teilgebiete der Philosophie keine besonderen Professuren hätten. – Das stimmt nun freilich nicht, wie ich nachher erfuhr, denn wir haben ja Kofler für marxistische Philosophie.“<sup>1</sup>

Wir sehen neuerlich – ich habe es schon verschiedentlich an Beispielen gezeigt<sup>2</sup> –, welche schier unerschöpfliche zeitgenössische Quelle die Tagebücher Victor Klemperers sind: Sie vermitteln uns aus den unterschied-

---

<sup>1</sup> Victor Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945-1959. Bd. I, Berlin 1999, S. 589. Die Tagebücher wurden herausgegeben von Walter Nowojski in Verbindung mit Christian Löser.

<sup>2</sup> Vgl. u.a. Günter Wirth: Zu einigen „weißen Flecken“ in der DDR-Hochschullandschaft, in: *hochschule ost* 3-4/2000, S. 280ff.; ders.: Das Preußenbild in Ost und West, in: *Berlinische Monatsschrift* 5/2001, S. 40.

lichsten Bereichen des gesellschaftlichen und geistigen Lebens die Kenntnis über Tatsachen und Ereignisse samt deren Atmosphäre, und zwar über Tatsachen und Ereignisse, die damals wie heute jenseits der Schlagzeilen zu finden wären, aber symptomatische Zeichen der Zeit signalisieren. So auch in diesem Falle: 1948, Martin-Luther-Luther-Universität – in der Zeit des Vordringens von M-L, zumal an allen Hochschulen, die Erörterung des Plans, ein weltanschaulich-religiös gesättigtes Ordinariat einzurichten. Anlaß genug für weitere Recherchen.<sup>3</sup>

## Kirchenpolitische Situation

Wenn man sich zunächst mit einigem Recht fragt, wieso eine solche Initiative hinsichtlich der Hallenser Universität „ausgerechnet von dem Paderborner Oberhirten“ ausgegangen ist, muß man sich die damalige kirchenrechtliche und kirchenpolitische Situation vergegenwärtigen. Durch die deutsche Kapitulation und die sog. „Debellatio“ hatten sich die Jurisdiktionsgebiete der *römisch-katholischen Kirche* nur insofern verändert, als durch die Grenzziehung an Oder und Neiße die schlesischen Bistümer und Teile der pommerschen Diaspora ausgegrenzt wurden (die Sondersituation Ostpreußens lasse ich hier unberücksichtigt); von Schlesien blieben allerdings Reste des Fürstbistums Breslau in und um Görlitz auf dem Territorium der SBZ/DDR, mit einem Kapiteltvikar als Oberhirten.

Das einzige Bistum, das vollständig auf dem Gebiet der SBZ lag, war das Bistum Meißen (Bischofssitz war damals Bautzen), welches das alte Sachsen umfaßte. Das andere Bistum, das fast vollständig auf ostmittel-deutschem Territorium auszumachen war, war das ohnehin erst 1930 entstandene, vom Fürstbistum Breslau abgenabelte Bistum Berlin, das *Restpommern* einschloß und mit Westberlin eine zusätzliche Problematik aufwies – dies zumal, da die Residenz des Berliner Bischofs damals in Westberlin lag.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Zur damaligen geistigen Situation in der SBZ aus christlicher Sicht vgl. u.a. Günter Wirth: Erinnerungen und Erwägungen zur CDU-Kulturpolitik, in: Evemarie Badstübner (Hrsg.), *Befremdlich anders. Leben in der DDR*, Berlin 2000, S. 472ff.

<sup>4</sup> Georg Schubert (Hrsg.): *Das Bistum Berlin*, Berlin 1932; Peter Beier u.a.: *Der Glaube lebt. 50 Jahre Bistum Berlin 1930-1980*, Leipzig 1980; Richard Höhle: *Die Gründung des Bistums Berlin*, Paderborn 1996; Günter Wirth: *Gründung des Bistums Berlin*, in: *Berlinische Monatsschrift* 6/2000, S. 126ff.

Um dies hier einzuschieben: Es spricht für die weiträumige Strategie des Vatikans, daß schon 1945/46 das bisher dem Breslauer Fürstbischof traditionell zugeordnete Kardinalat auf den damaligen Berliner Bischof übertragen wurde, zeitgenössisch allerdings mit Recht, war doch Bischof Graf Preysing als entschiedener Gegner des NS-Regimes bekannt gewesen. Ähnlich war die Situation 1961, als noch vor dem Mauerbau (man spricht von Moskauer Signalen über den seinerzeitigen linkskatholischen italienischen Staatspräsidenten Gronchi an den Vatikan) mit Bischof Bengsch die Residenz nach Ostberlin verlegt wurde.

Was die anderen Teile der SBZ betrifft, müssen wir geradezu einen jurisdiktionellen Flickenteppich registrieren: Die Gebiete um Erfurt gehörten kirchenrechtlich zu Fulda, die um Meiningen zu Würzburg, jene um Schwerin zu Osnabrück und die um Magdeburg/Halle eben zu Paderborn.

Daher war es also alles andere als ein Zufall, daß der Erzbischof von Paderborn in einer solchen Angelegenheit initiativ wurde. Ohnehin war für Erzbischof Lorenz Jaeger eine rege Visitationstätigkeit in den „östlichen“ Gebieten seines Erzbistums bekannt, was wohl auch damit zusammenhing, daß Lorenz Jaeger am 23. September 1892 in Halle/S. (übrigens als Sohn eines Mechanikers) geboren worden war und nach seiner Priesterweihe 1922 seine erste Seesorgetätigkeit in Oebisfelde ausgeübt hatte.<sup>5</sup> Da Jaeger von 1926 bis 1939 Religionslehrer und promovierter Studienrat in Herne und Dortmund und von 1937 bis 1938 (bis zu deren Verbot) Redakteur der „Zeitschrift für den Religionsunterricht an höheren Schulen“ gewesen war, wird nicht nur das pastorale, sondern auch das wissenschaftliche Interesse des übrigens ökumenisch interessierten Paderborner Oberhirten an der Hallenser Initiative verständlich.

## **Die bischöflichen Motive und die halleschen Verhältnisse**

Erstmalig ist die „Bitte ..., in der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität zu *Halle* ein Ordinariat für patristische und scholastische Philosophie und vergleichende Religionsgeschichte zu errichten“,

---

<sup>5</sup> Walter Habel (Hrsg.): *Wer ist wer?* Bd. I, Berlin 1962, S. 665. Aus dieser XIV. Ausgabe von Degeners *Wer ist's?* oder aus anderen Folgen des *Wer ist wer?* sowie aus dem „*Kürschner*“ sind weitere Personalangaben entnommen, es sei denn, sie sind anders ausgewiesen.

von Erzbischof Jaeger am 23. September 1947 im Gespräch mit dem damaligen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Erhard Hü(ue)bener, vorgetragen worden.<sup>6</sup>

Hübener (1881 bis 1958), Sohn eines Pfarrers, war von Haus aus Jurist, hatte von 1909 bis 1919 als Syndikus gewirkt, ab 1919 als Ministerialrat im preußischen Handelsministerium und von 1924 bis 1933, bis zu seiner Entlassung, als Landeshauptmann der Provinz Sachsen-Anhalt. Als bürgerlich-demokratischer Politiker war er 1945 Mitbegründer der LDP, und er war bis 1949 der einzige Ministerpräsident in der SBZ, der nicht der SED angehörte. Seit 1946 war Hübener Professor für Verwaltungsrecht an der Martin-Luther-Universität, später Ehrensenator. Klemperer schildert ihn, nicht ohne einige Invektiven, als einen Mann des „Ausgleichs“, der die „Lehren“ aus 1648, 1815 und 1918 so gezogen habe: „Confessionen müssen sich vertragen; Feudalismus u. Bürgertum müssen sich ausgleichen; ... Capitalismus u. Sozialismus müssen sich ausgleichen“ (so Hübener auf einer Hallenser Friedenskundgebung Ende 1948).<sup>7</sup>

Die Motivation für die Initiative des Paderborner Erzbischofs war, um seinem Brief an den Ministerpräsidenten zu folgen, eine doppelte. Erstes Motiv war das schon angedeutete religionspädagogische:

„Vor allem könnte ein solcher Ordinarius selbst oder durch seine Assistenten den katholischen Studenten der Pädagogik jene religions-methodischen Vorlesungen und Übungen geben, welche die evangelischen Lehrer-Studenten durch eigens dafür eingerichtete Vorlesungen und Übungen in der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität bekommen.“

Tatsächlich war es ja so, daß sich nach 1945 durch den Zuzug katholischer Vertriebener aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße sowie aus der ČSR die konfessionspolitische Landkarte der SBZ verändert hatte und damit ein echtes Bedürfnis vorlag. Möglicherweise bezog der Erzbischof, von hiesigen Klerikern informiert, überdies in seine Überlegungen ein, daß gerade zum damaligen Zeitpunkt (1946/47) die SMAD verfügt hatte, der pädagogischen Ausbildung an den Universitäten besondere Aufmerksamkeit zu schenken (Bildung pädagogischer Fakultäten, Grün-

---

<sup>6</sup> Dieses Zitat und die folgenden, die nicht ausdrücklich nachgewiesen sind, stammen aus den Dokumenten, die dem Verfasser aus den Beständen des Generalvikariats des Erzbistums Paderborn vom Erzbistumsarchiv (Gerhard Sander) am 14. November 2002 zur Verfügung gestellt worden sind.

<sup>7</sup> Klemperer, a.a.O., S. 617.

derung der Brandenburgischen Landeshochschule in Potsdam mit Akzent auf Pädagogik).

Das andere Motiv ist weniger pastoraler als weltanschaulicher Natur und steht in der Tradition von Vorstößen der katholischen Kirche schon vor 1914, vor allem aber nach 1918, an deutschen, speziell an preußischen Universitäten dort katholische Weltanschauungsprofessuren einzurichten, wo keine katholischen theologischen Fakultäten existierten. Tatsächlich geschah dies nach einem Ende 1919 erfolgten Beschluß der preußischen Landesversammlung an einigen preußischen Universitäten, so in Berlin, in Göttingen und in Frankfurt am Main. In Berlin wurde mit Romano Guardini der dann wohl bedeutendste deutsche katholische Theologe des 20. Jahrhunderts in dieses Amt (1923 bis 1939) berufen, in Frankfurt am Main der zum Linkskatholizismus tendierende Theodor Steinbüchel.<sup>8</sup> Im Brief des Erzbischofs wird dieses Motiv so umschrieben:

„Es schien mir dieses Ordinariat nicht nur eine wertvolle Ergänzung der gerade in Halle nur schwach vertretenen Philosophie zu sein, sondern auch für die vielen katholischen Studenten der Universität eine Möglichkeit, ihre *Weltanschauung* [Hervorhebung G.W.] wissenschaftlich zu vertiefen.“

Was die Philosophie in Halle 1948 angeht, war sie mit Paul Menzer, Leo Kofler und Georg Mende vertreten, d.h. quantitativ wirklich recht schwach. Es kam hinzu, daß der in der akademischen Welt hoch angesehene und seit 1908 (!) in Halle lehrende Paul Menzer – herausragender Exponent der mit Halle als Gründungsort in besonderer Weise verbundenen Kantgesellschaft, der in den zwanziger Jahren größten philosophischen Gesellschaft der Welt – schon 75 Jahre alt und 1948 überdies Attacken der SED ausgesetzt war.<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Vgl. Günter Wirth: Wie er zum Guardini-Lehrstuhl kam, in: Hermann Josef Schuster, Guardini weiterdenken I, Berlin 1993, S. 61ff., sowie S. 245ff. (dort die vom Verfasser zusammengestellte Dokumentation hierzu). Vgl. auch Hans Maier/Arno Schilson/Hermann Josef Schuster (Hrsg.): Guardini weiterdenken II, Berlin o.J. (1999), dort vor allem die Beiträge von Bischof Prof. Dr. Karl Lehmann und Prof. Dr. Hans Maier.

<sup>9</sup> Zu Paul Menzer heißt es in einer 1958 im Deutschen Verlag der Wissenschaften Berlin herausgekommenen Publikation „Die deutsche bürgerliche Philosophie seit 1917“ – im Abschnitt „Der Neukantianismus“ von Hermann Ley (S. 18f.) –, daß das „Zentrum (des) neukantianischen Kreises“ um Hans Vaihinger, Heinrich Rickert, Ernst Cassirer und anderen „bis zu ihrem teilweisen Verbot unter dem Faschismus die ‚Kantstudien‘“ gewesen seien. Menzer habe als zeitweiliger Herausgeber eine wichtige Rolle gespielt, und er spiele sie bei der Neuherausgabe seit 1954 „immer noch“; damit werde auch der „neuhegelianische Einfluß im heutigen Neukantianismus“ repräsentiert. Wenn im folgenden von

Leo Kofler und Georg Mende galten als Marxisten, freilich mit dem Unterschied, daß der aus Österreich stammende Kofler reformsozialistische Auffassungen vertrat und 1949 in tiefgehende parteiliche Auseinandersetzungen geriet, die ihn veranlassen mußten, 1950 die Universität Halle und danach die DDR in Richtung Köln zu verlassen.<sup>10</sup> Mende dagegen war „parteilich“ orientiert, später in Jena als dogmatisch bekannt.

Insofern traf die Bemerkung des Erzbischofs für die Fachphilosophie durchaus zu, nicht aber für die philosophische Fakultät insgesamt, an der im Herbst 1948 Persönlichkeiten wie die klassischen Philologen Franz Altheim und Erich Reitzenstein, die Historiker Hans Haussherr und Martin Lintzel, der Kunsthistoriker Wilhelm Worringer, der Musikwissenschaftler Max Schneider, der Indogermanist Paul Thieme und die Germanisten Georg Baesecke und Ferdinand Josef Schneider wirkten. Ob sich der Paderborner katholische Erzbischof der Tatsache bewußt war, daß in der philosophischen Fakultät auch ein ehemaliger sozusagen Kollege als Osteuropahistoriker lehrte, nämlich der frühere Prager katholische Theologieprofessor und katholische Jugendführer Eduard Winter – er übrigens alsbald Hallenser Rektor?<sup>11</sup> Noch nicht wissen, noch nicht einmal ahnen

---

Ley eine „immer engere Anlehnung des Neukantianismus an den Neothomismus“ konstatiert wird, dann gilt dies – wie der Fall des Paderborner Erzbischofs zeigt – bestimmt nicht für Menzer. Die Publikation von 1958, an der auch Menzers früherer Hallenser Kollege Georg Mende mitgewirkt hat, ist insofern symptomatisch, als deren Beiträge „im Auftrag des Instituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR als Vorarbeit für einen Abschnitt der vierbändigen Ausgabe der Geschichte der Philosophie geschrieben“ worden seien – also für damalige Verhältnisse normativen Charakter hatten.

<sup>10</sup> Zu Leo Kofler hat Victor Klemperer an mehreren Stellen seines Tagebuches bemerkt, er sei zuerst „radikal“, sogar „stur radikal“ gegenüber Bürgerlichen in Halle aufgetreten (Klemperer, a.a.O., S. 604 und 614). Im Herbst 1949 will er, so Klemperer a.a.O., S. 691, „seine schwer angegriffene ‚Bürgerliche Gesellschaft‘ verteidigen [...] u. man versperrt ihm die Möglichkeit dafür“. Dieses Buch („Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“, Halle/S. 1948) wird zum Anlaß des „Ketzergerichts“. Unter dem 17. Januar 1950 faßt Klemperer seine Eindrücke von der FDJ-Hochschulkonferenz in Berlin zusammen: „Im Praesidium neben ‚Nationalpreisträger Fred Oelssner‘ ... Unten in der ersten Reihe Winter – sonst keine Professorenbeteiligung ... Er (Oelssner. G. W.) griff maßlos Kofler an, citierte einige Sätze aus seinem inkriminierten Buch ...“ (Klemperer, a.a.O.. Bd. II, S. 9). Am 18. November 1950 schreibt Klemperer: „Keiner wagt, sich zu einer wissenschaftlichen Frage zu äußern, weil er Angst hat [...] mit der Partei in Konflikt zu kommen ... Koflers Schicksal ...“. Klemperer, ebenda, S. 104. Vgl. Helmut Steiner: Leo Koflers erzwungene Flucht aus Halle/S. 1950, in: *Utopie kreativ* 4/1990, S. 61ff.; Helmut Steiner: „Ein ideologischer Schädling“. Leo Kofler 1907-1995, in: *Junge Welt*, 3. August 1995; Peter Ruben: Kein Mitglied der akademischen Zunft, in: *Freitag*, 11. August 1995.

<sup>11</sup> Eduard Winter: Mein Leben im Dienst des Völkerverständnisses. Erinnerungen, Berlin 1987.

konnte Jaeger, daß der damalige Hallenser Romanistikprofessor Joachim Storost, der hier schon von 1941 bis 1944 gelehrt hatte, auf dem „Umweg“ über Greifswald (1949) 1953 eine Professur an einer Hochschule erhielt, die einem katholischen Oberhirten besonders nahestehen mußte, nämlich an der Philosophisch-theologischen Hochschule in Bamberg (bis 1958).

## Die Kandidaten des Erzbischofs

Erzbischof Lorenz Jaeger war natürlich klar, daß der Ministerpräsident nicht die letzte entscheidende Instanz zur Lösung seines Problems sei. Daher findet sich in seinem Brief der Hinweis auf „Karlsborst“, also auf die SMAD, und daher erwähnt er, daß er auch mit dem Rektor der Universität Kontakt aufgenommen hatte.

Rektor der Martin-Luther-Universität war damals noch (wie schon 1929/30) der evangelische Theologe Otto Eißfeldt (1887 bis 1973), der nach pfarramtlicher Wirksamkeit in Berlin, verbunden mit Vorlesungstätigkeit an der Friedrich-Wilhelms-Universität, seit 1922 (bis 1957) in Halle lehrte und als einer der bedeutendsten deutschen Alttestamentler galt. 1949 ist er Mitglied der Deutschen und 1948 der Sächsischen Akademie der Wissenschaften geworden, und 1956 wurde er zum Hallenser Ehrensenator berufen.<sup>12</sup>

Es war eigentlich eine günstige Voraussetzung für die Aktionen des Paderborner Erzbischofs in Halle gegeben: mit einem bürgerlichen Mi-

---

<sup>12</sup> Generell zur Lage an den theologischen Fakultäten einschließlich der Hallenser vgl. Friedemann Stengel: Die Theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71, Leipzig 1998. – Am 15. Oktober 1948 notiert Klemperer: „Gestern dies academicus ... Eigentlich hätte es Rektoratsübergabe sein sollen. Aber der theologische u. reaktionäre Eißfeldt [!], der abgesetzte Vorgänger[,] hatte sich geweigert, dem ‚illegalen‘ Winter das Amt zu übergeben, u. die Regierung hat ihn nicht dazu gezwungen ...“ (Klemperer, a.a.O., Bd. I, S. 597). Unter dem 29. Juli 1949 beklagt sich Klemperer, daß er nicht in die Akademie gewählt worden sei: „... von den Hallenser Vorschlägen ist nur Eißfeldt [!], der Alttestamentler u. Feind Winters, der ebenfalls kandidierte [.] gewählt – ‚nationale Front‘!! ...“ Vgl. Klemperer, ebenda, S. 666. Das Gesamtwerk Eißfeldts als „monumental“ gewürdigt hat Hans-Jürgen Zobel, der Rektor der Greifswalder Ernst-Moritz-Arndt-Universität zur Wende, in: TRE (=Theologische Realenzyklopädie). Band IX, Berlin/New York 1982, S. 482ff. Vgl. auch: Wolfgang Hütt, Heimfahrt in die Gegenwart. Ein Bericht, Berlin 1982, S. 508. Dort wird aus der Sicht eines Hallenser Studenten der Nachkriegszeit, des dann bekannten Kunsthistorikers, der Rektor der Martin-Luther-Universität eindrücklich geschildert.

nisterpräsidenten und einem Theologen als Rektor, dies freilich unter den Bedingungen, die von deren Erfahrungen aus der Zeit des NS-Regimes geprägt waren, zumal aus dem Kirchenkampf. 25 Jahre früher wären der liberale Politiker und der protestantische Theologe, der nicht einmal ein exponierter Konfessionalist hätte sein müssen, von vornherein skeptisch gegenüber einem katholischen Ordinariat gewesen – die Kämpfe um die Berliner Weltanschauungsprofessur vor 1923, sogar mit Ernst Troeltsch als Protagonisten, belegen es.<sup>13</sup>

Erzbischof Jaeger übersandte am 15. Januar 1948 allerdings nicht nur die Kopie seines Schreibens an den Ministerpräsidenten vom selben Tage an Magnifizenz Eißfeldt. Er präzisierte diesem gegenüber seinen Sachvorschlag sofort mit Personalvorschlägen (nicht ohne die Bemerkung, daß es „naturgemäß nicht leicht“ gewesen sei, drei Gelehrte zu finden, „die bereit waren [,] in die russische Zone zu gehen“).

Sicherlich handelte es sich bei den Personalvorschlägen um qualitätsvolle. Anton Antweiler (1900 geboren) hatte sich in den dreißiger Jahren mit philosophischen Arbeiten (Aristoteles) und solchen religionsphilosophischer Natur einen Namen gemacht. Bonner Dozent wurde er 1945, und als sich der Hallenser Plan zerschlagen hatte, wurde er 1950 außerordentlicher Professor in Bonn und 1955 ordentlicher Professor in München; 1960 übernahm er den Vorsitz der Deutschen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Geschichte und Religion. Der 1909 geborene Ludwig Berg wurde 1945 Privatdozent, 1948 außerordentlicher und 1955 ordentlicher Professor in Mainz (Moraltheologie). Sein wissenschaftliches Interesse richtete sich vor allem auf Anthropologie und Sozialethik.<sup>14</sup> An erster Stelle hatte Jaeger Dr. Dr. Ernst Borchert genannt, damals Dozent für Fundamentaltheologie am Albertus-Magnus-Kolleg in Königstein/Taunus, der literarisch mit Arbeiten über den Nominalismus aufgetreten war.

---

<sup>13</sup> Der handschriftliche Entwurf des Gutachtens der philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin gegen Weltanschauungsprofessuren von Ernst Troeltsch, in: Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin. Bestand Philosophische Fakultät, Nr. 1470, Bl. 251 und Rückseite.

<sup>14</sup> Ludwig Berg wird von Kurt Flasch, Spezialist für *mittelalterliche* Philosophie, in einem Buch mit Erinnerungen an seine Kindheit und Jugend als charismatischer Seelsorger geschildert: Über die Brücke. Mainzer Kindheit 1930-1949, Mainz 2002; vgl. F.A.Z. vom 21. Oktober 2002.



Aus Eißfeldts Antwort vom 2. Februar 1948 geht hervor, daß die philosophische Fakultät in letzter Instanz zu entscheiden hatte. Diese habe sich auch schon Ende Januar mit der Sache befaßt. Laut Auskunft des Archivs der Martin-Luther-Universität liegen hierzu keine protokollarischen Notizen vor. Es wird daher zunächst Eißfeldts Angaben zu folgen sein, die noch von der Voraussetzung eines „Erfolgs“, allerdings nicht eines baldigen, ausgingen.

## Inneruniversitäre Befassung

Offensichtlich war der Rektor – trotz einiger realistischer Parenthesen seines Briefs – zu optimistisch. Für die Fakultät schien jedenfalls kaum Eile in der Bearbeitung dieses Vorschlags angesagt gewesen zu sein, so daß sich der Erzbischof am 14. Juni 1948 entschloß, direkt an den Dekan der philosophischen Fakultät zu schreiben. Das war damals der Slawist Eugen Häusler (geboren 1895), der 1930 an die Universität Königsberg berufen worden war und von 1945 bis 1962 (als Direktor des Slawistischen Instituts) in Halle wirkte. Er muß, wenn man Klemperers Charakterisierung Häuslers – ausgerechnet mit Blick auf die eingangs erwähnte Fakultätssitzung – folgt, eines der damals wenigen SED-Mitglieder in der Fakultät gewesen sein: „Slavist der linguistischen Richtung, Anfang 50, ein unsicherer u. nervöser Mann, geradezu beglückt, als ich ihm das Partei-Du anbot ...“<sup>15</sup>

Da es, wie eben bemerkt, nur wenige Marxisten bzw. SED-Mitglieder in der Fakultät gab, unter ihnen noch dazu der eher nonkonformistische Leo Kofler, und da unter den sympathisierenden Parteilosen wohl nur Eduard Winter zu finden und dieser Gruppe zuzurechnen war (Klemperer setzt bei Winter das „parteilos“ immer in Anführungszeichen), ist davon auszugehen, daß es die bürgerlichen Professoren – wohl unter Anführung von Paul Menzer – waren, die kein großes Interesse an einem solchen Lehrstuhl hatten. Für sie galten offensichtlich weniger die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, sie standen mit Blick auf ein katholisches Ordinariat eher noch immer unter dem nachhaltigen Eindruck und den damit verbundenen traditionellen Vorbehalten aus den Kampfzeiten um Konkordatsprofessuren, um Weltanschauungsprofessuren, zumal um die katholische Geschichtsfakultät für Peter Spahn an der Straßburger Universität um 1900, letztlich also um das, was für die autonomen Geistes-

---

<sup>15</sup> Vgl. Anm. 1.

wissenschaften mit dem Begriff der „Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft“ umschrieben wurde.<sup>16</sup>

Da Menzer in dieser Umwelt seine Prägung erfahren und diese seinerseits geprägt hatte, ist seine ablehnende Position nicht auffällig, und es ist kein Zufall, wenn Klemperer in seiner Notiz sie ebenso herausstellte wie es diejenigen Hallenser taten, die – nach Mitteilung des Paderborner Archivs – dem Erzbischof „vertraulich“ mitteilten, Menzer habe die „Konkurrenz“ gefürchtet.<sup>17</sup> Für die Situation in der Fakultät kommt wohl hinzu, daß einige ihrer Mitglieder schon dabei waren, ihre Koffer zu packen, so daß sie kein großes Interesse an weltanschaulichen Auseinandersetzungen hatten.<sup>18</sup>

Immerhin kam es dann doch korrekterweise in der Fakultätssitzung vom 14. September 1948 zur Behandlung des Briefs von Erzbischof Jaeger, und Klemperers knappe Schilderung der Atmosphäre dieser Sitzung kann durch das Protokoll kaum dementiert werden. Die Protokollnotiz zu 6. lautet:

„6. Aufgrund eines Schreibens des Herrn Erzbischof v. Paderborn an die Fakultät vom 14.6.48 berät die Fakultät noch einmal die Frage der Errichtung eines Ordinariats für patristische und scholastische Philosophie. Sie gelangt dabei zu dem Ergebnis, dass die in dem Schreiben des Herrn Erzbischof geltend gemachten Gründe[n] die Errichtung eines solchen Ordinariates nicht rechtfertigen. Die Ausbildung von katholischen Studierenden der Päd.Fak. zu Lehrern der katholischen Religion dieser Universität und die Vertretung katholischer Philosophie und Weltanschauung sind Angelegenheiten, welche außerhalb des Rahmens der Phil.Fak. liegen. Dabei verkennt die Fakultät keineswegs die Bedeutung, welche der rein wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Patristik und der Scholastik beim Studium der abendländischen Geistesgeschichte zukommt; und wenn sie auch die Errichtung eines Lehrstuhls für dieses Fach nicht vorschlagen kann, so würde sie es doch begrüßen, wenn ein Lehrauftrag für Patristik und Scholastik erteilt werden könnte unter der Voraussetzung, dass der damit zu beauftragende Gelehrte nicht nur wissen-

---

<sup>16</sup> Vgl. hierzu Günter Wirth: Zwischen den Stühlen. Ernst Troeltsch und die Berliner Universität, in: Horst Renz (Hrsg.), Ernst Troeltsch zwischen Heidelberg und Berlin (=Troeltsch-Studien Bd. 2), Gütersloh 2001, dort S. 122ff. (mit dem Hinweis auch auf die Studie des Jaspers-Schülers Kurt Roßmann in einem der Bücher der Heidelberger „Wandlung“ über u.a. den Fall Spahn).

<sup>17</sup> Brief von Archivar Gerhard Sander vom 14. November 2002 an den Verfasser.

<sup>18</sup> Althelm ging 1950 an die FU Berlin, Worringer stand 1948 vor der Emeritierung, und er ist als Erlanger Emeritus in *Wer ist wer?* eingetragen, 1953 wechselte Thieme nach Frankfurt/Main, von dort 1954 an die Yale University und war zuletzt in Tübingen, Reitzenstein, zeitweilig angesehenes CDU-Mitglied, ging 1958 nach Mainz, und auch Hausserr verließ Halle/S. in diesem Jahr.

schaftlich für sein Fach qualifiziert ist, sondern dass er auch verpflichtet würde, sich auf eine rein wissenschaftliche Vertretung seines Faches zu beschränken. Es wird abgestimmt über folgende Anträge:

Die Phil.Fak. ist für die Errichtung eines Lehrstuhls für patristische und scholastische Philosophie. Dafür: zwei Stimmen, dagegen 9 Stimmen, Enthaltungen: 4.

Es wird beantragt[,] einen Lehrauftrag für patristische und scholastische Philosophie in der Phil.Fak. zu schaffen. Der Vertreter müsste ein entsprechend qualifizierter Gelehrter sein, der sich auf eine rein wissenschaftliche Behandlung der genannten Themen zu beschränken hätte und dem insbesondere die Vertretung einer besonderen ‚Glaubenslehre‘ oder auch ‚seelsorgerische Betreuung‘ der Studierenden nicht obliegen würde. Dafür: 6 Stimmen, dagegen: 4, Enthaltungen: 5. Der Antrag ist angenommen.“<sup>19</sup>

Diese Protokollnotiz wurde auch dem Ministerpräsidenten übermittelt, ob vollständig oder nur bis zu den Absätzen über die Abstimmung läßt sich nicht nachvollziehen. Jedenfalls hat Ministerialdirektor Dr. Kunisch aus (wie wir heute sagen würden) der Staatskanzlei unter dem 18. Oktober 1948 die Abschnitte ohne die Abstimmungsverläufe an den Erzbischof übermittelt. Auch in diesem Falle traf Jaeger eigentlich auf eine für ihn günstige Konstellation, denn Dr. Richard Kunisch war Katholik und führendes Mitglied der CDU Sachsen-Anhalts und wurde im Oktober 1949 im Zusammenhang mit der Herwegen-Krise Finanzminister, blieb dies aber nur bis zum 7. Februar 1950. In der Folge der Absetzung des damaligen Landesvorsitzenden der CDU in Sachsen-Anhalt, des Hallenser Theologieprofessors Erich Fascher, trat er zurück und verließ die DDR.<sup>20</sup>

## Verschärfungen an den Universitäten in der SBZ

Obwohl das „zunächst“ in der mehr bürokratischen Einleitung des Schreibens von Kunisch hätte darauf hindeuten könne, daß sich weitere Schritte ergeben, sind solche nicht bekannt geworden und aus den Archiven in Halle und in Paderborn bisher nicht zu erschließen. Die Sache mußte damit wohl als im Sande verlaufen angesehen werden – dies nicht zufällig, angesichts der sich seit Anfang bzw. Mitte 1948 verschärfenden

---

<sup>19</sup> UA Halle: Rep. 21 IV Nr. 58.

<sup>20</sup> Vgl. etwa Michael Richter: Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1990, S. 233ff. Dort ist auch Kunisch erwähnt, allerdings als Georg. Vgl. überdies Peter Hermes: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1945, Saarbrücken 1963 (mit Bezügen zu den genannten Persönlichkeiten).

politisch-weltanschaulichen und geistigen Situation in der SBZ, wie sie sich zeigten u.a. in der von sowjetischen Kulturoffizieren um Alexander Dymshitz entfachten Formalismus-Realismus-„Debatte“, in den Vorträgen des sowjetischen Wissenschaftspropagandisten Major Patent über den historischen und dialektischen Materialismus an den Universitäten der SBZ, auch der Hallenser (Klemperer erwähnt die an der Greifswalder und Leipziger), und (wie ebenfalls von Klemperer in der eingangs zitierten Notiz angedeutet) in der Errichtung von Lehrstühlen des wissenschaftlichen Sozialismus u.a. in Halle und der Gründung des Franz-Mehring-Instituts an der Universität Leipzig. Vorausgegangen war im Frühjahr 1948 u.a. an der Berliner Universität eine inquisitorische Befragung der (übrigens ersten deutschen) Philosophieprofessorin Liselotte Richter.<sup>21</sup>

Es war der damals in Halle lehrende Soziologe und Pädagoge Prof. Dr. Max Gustav Lange, der in Nr. 5/1948 der Hochschulzeitschrift „Forum“ unter dem Titel „Wissenschaftlicher Sozialismus und Soziologie“ klipp und klar erklärte:

„Der dialektische Materialismus ist ... von Anfang an mehr als eine wissenschaftliche Methode oder gar eine besondere Wissenschaft. Er ist ... das wichtigste Kampfmittel des Proletariats ... *Den autonomen Wissenschaften des Bürgertums wird eine einzige, einheitliche – historisch-dialektische – Wissenschaft von der Entwicklung der Gesellschaft als eines Ganzen entgegengestellt ...*“

Aus dieser zuvor erläuterten definierten und definitiven Feststellung leitete Lange die Schlußfolgerung ab:

„Marxisten werden in immer größerer Zahl nicht nur verantwortlich für die Ausbildung von politischen Funktionären und Massen, sondern auch für die der Juristen, Ökonomen, Historiker, Philologen, Pädagogen und Soziologen. In welcher Weise nun erfolgt ihre Mitarbeit an den Universitäten? Können sie sich darauf beschränken, lediglich den wissenschaftlichen Sozialismus zu lehren, die Fachausbildung aber den übrigen Professoren zu überlassen! Kein

---

<sup>21</sup> Eingeblockt in den im folgenden erwähnten Aufsatz von Prof. Max Gustav Lange im *Forum*, Berlin, 5/1948, S. 149, war die Meldung, daß an der Universität Leipzig sich eine „Arbeitsgemeinschaft Marxistischer Wissenschaftler“ gebildet habe mit den Professoren Gerhard Harig, Werner Krauss und Albert Schreiner sowie Walter Markov und Fritz Behrens. Als erster sprach dort Werner Krauss über „Lenins Materialismus und Empirio-kritizismus“, der auch in den Gesammelten Werken des Romanisten abgedruckt ist. Vgl. Werner Krauss: *Literaturtheorie, Philosophie und Politik*, in: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 1, hrsg. von W. Bahner u.a., Berlin/Weimar 1984, S. 499-515. – Zu Liselotte Richter vgl. Catherina Wenzel: *Von der Leidenschaft des Religiösen. Leben und Werk der Liselotte Richter (1906-1968)*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 214ff., und Günter Wirth: *Katechismusfragen der Inquisition statt geistiger Auseinandersetzung*, in: *Utopie kreativ* 29-30/1993, S. 79ff.

Marxist wird diesem Vorschlag zustimmen wollen; denn er kann seinen Erkenntnissen nur dann den ihnen gebührenden Einfluß sichern, wenn er auf der ganzen Linie mit der bisherigen Wissenschaft konkurriert, wenn er die Verantwortung für die volle Fachausbildung seiner Studenten übernimmt ...“

Schließlich:

„Die Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Gesellschaftswissenschaftlern kann ohne Gefahr für den Bestand der einheitlichen Wissenschaft von dem gesellschaftlichen Ganzen vorgenommen werden, weil sie alle von einer allgemeinen Theorie der sich entwickelnden gesellschaftlichen Totalität ausgehen. Und diese ist in der materialistischen Geschichtsauffassung gegeben, die das allgemeine Bewegungsgesetz der Gesellschaft entwickelt.“

Max (Gustav) Lange war nicht irgendwer. Der 1899 geborene Erziehungswissenschaftler war nach 1945 zunächst im Umfeld des Verlags Volk und Wissen tätig, als Herausgeber der Zeitschrift „Pädagogik“ und als Autor einer Schrift über den Frühkapitalismus (1948), 1947 wurde er (wie Klemperer in seinen Tagebüchern bemerkt) parallel zu seiner Berliner Tätigkeit Professor für Soziologie an der Martin-Luther-Universität und zeitweilig Dekan der pädagogischen Fakultät.<sup>22</sup>

Als Anfang November 1948 Paul Wandel, der damalige Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung, in Halle mit SED-Professoren diskutierte und ihnen die neue Linie entwickelte, saß er mit dem Rektor Eduard Winter, Victor Klemperer und Max Lange an einem Tisch. Klemperer:

„Paul Wandel – das war Zweck u. Centrum des Abends – hielt eine ernsthafte Rede über den neuen Curs der Univ. Das entscheidende Wort: ‚*Die zweite Phase hat begonnen.*‘ ... Wir haben die sozialistische Republik im Auge u. bereiten sie vor. Wir können vorläufig mit den Demokraten zusammengehen, wir brauchen nicht alle Bürgerlichen hinauszuerwerfen – aber wo einer uns ernsthaft hemmt, da muß er gehen ... Im Ganzen war die Rede eine offenbare Erklärung, nun würden wir mit der *roten Universität* [Hervorhebung. G.W.] Ernst machen.“<sup>23</sup>

An sich könnte man – noch dazu bei der hervorgehobenen Behandlung Langes – davon ausgehen, daß Wandels Vorgaben, die er auch an anderen Universitäten entwickelt hatte, mit den Prioritäten, die Lange in seinem Aufsatz gesetzt hatte, übereinstimmten. Allerdings fällt in Langes Aufsatz die eher vorsichtige Bemerkung auf, daß der Marxismus mit der bürgerli-

---

<sup>22</sup> Victor Klemperer, a.a.O., S. 354 („In der Centralverwaltung Dr. Lange von der Paedagogik kennen gelernt ...“). Erläuterung zu den Personalien vom Herausgeber, a.a.O., S. 792.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 604.

chen Wissenschaft „konkurriere“. Das aber war noch etwas anderes als Wandels „rote Universität“. So könnte es sein, daß Langes parteiliches Gerüst an diesem Novembertag 1948 in Halle einen Schlag erhielt – immerhin notiert Klemperer unter dem 3. Januar 1949, Prof. Bernhard Benedik, ein Kulturbund-Protagonist, habe ihm gegenüber bemerkt, „Lange Max sei ‚unsicher‘“.<sup>24</sup>

Lange erhielt 1949 eine Berufung an die 1948 begründete Brandenburgische Landeshochschule, wo er Dekan der pädagogischen Fakultät wurde und dem Senat angehörte. 1950 ist noch eine Feuerbach-Ausgabe in der DDR von ihm vermerkt. 1951 ging er in die Bundesrepublik, wo er neben seiner Lehrtätigkeit (FU Berlin) zahlreiche Werke vorlegte, die sich mit dem weltanschaulichen Monopol des M-L in der DDR, zumal im Bildungssystem, befaßten: „Marxismus, Leninismus, Stalinismus. Zur Kritik des dialektischen Materialismus“ (1955), „Wissenschaft im totalitären Staat“ (1955) und „Totalitäre Erziehung“ (1954). Es verdient in diesem Zusammenhang hervorgehoben zu werden, daß neben Lange ein anderer ehemaliger Hallenser Hochschullehrer, nämlich der 1946 zum Direktor des Psychologischen Instituts berufene Gerhard Möbus, Mitglied der CDU und um 1947/48 regelmäßiger Leitartikler der „Neuen Zeit“, nach seinem Weggang in die Bundesrepublik sich ebenfalls mit der „Psychologie und Pädagogik des Kommunismus“ (1959) auseinandergesetzt hat.<sup>25</sup> Lange ist 1963 gestorben – nach seinem Tod erschien noch seine „Politische Soziologie“ (1964).

## Schluß

Unser „Vorgang“ jedenfalls muß mit der Protokollnotiz vom 14. September 1948 und mit Kunischs Brief vom 18. Oktober 1948 als abgeschlossen gelten. Es finden sich nach den bisherigen Erhebungen in den Archiven keine weiteren Unterlagen, vor allem kein Antrag auf Schaffung eines Lehrauftrags im allerdings modifizierten Sinne des Paderborner Erzbischofs.

---

<sup>24</sup> Ebenda, S. 619.

<sup>25</sup> Gerhard Möbus war nach dem Weggang aus Halle zunächst stellv. Leiter der Abteilung Theorie der Politik an der Deutschen Hochschule für Politik (dem späteren Otto-Suhr-Institut) in Westberlin, dann bis zu seinem frühen Tod Leiter des Wissenschaftlichen Forschungslehrestabs an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung in Koblenz.

Klemperer hatte schon recht, wenn er auf die Akzentuierung auf „marxistische Philosophie“ an der Hallenser Universität hinwies. Sicher entsprach diese noch nicht den Prioritäten der „roten Universität“, in der alle Gesellschaftswissenschaften am M-L orientiert sein sollten. Aber damit wurde signalisiert, wohin sich die Dinge entwickeln würden. An einer solchen Universität war dann freilich kein Platz für ein „Ordinariat für scholastische Philosophie“ katholischer Prägung.

In der Zeit, in der das Material für diese Studie gesichtet wurde, nämlich am 19. November 2002, am Tag der Heiligen Elisabeth, der Patronin des Landes Thüringen und des Bistums Erfurt, unterzeichneten Ministerpräsident Bernhard Vogel und Nuntius Lajolo einen Vertrag, der den lange gehegten, aber verschiedentlich umstrittenen Plan, das 1952 in Erfurt gegründete „Philosophisch-Theologische Studium“ als katholische theologische Fakultät in die wiederbegründete Erfurter Universität zu integrieren, verwirklichen läßt. Es wäre dieser Vorgang für sich und im einzelnen zu untersuchen – auch hinsichtlich der Frage, was katholische Hierarchen eher favorisieren, eine staatliche theologische Fakultät oder eine kirchliche Hochschule. Doch ist er in unseren Zusammenhängen zumindest eines Hinweises wert, wenigstens im Blick auf die veränderten Signaturen der Zeitgeschichte.